

Riesaeer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesaeer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530,
Stroßlaffe:
Riesa Nr. 52.

Nr. 109.

Mittwoch, 11. Mai 1932, abends.

85. Jahrgang.

Das Riesaeer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zentrauerender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versät, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Geschäftsstelle: Riesa, Kötzigstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Riesa.

Stürmischer Verlauf der Reichstagsaussprache.

Scharfe Kritik an der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung. Abstimmungen morgen Donnerstag.

Berlin, 11. Mai, 10 Uhr. (Zuspruch.) Auf der Tagesordnung steht zunächst die

dritte Beratung des Schuldentilgungsgesetzes.

Abg. Reinhardt (NSDAP.) nennt das Gesetz kumpert-haft und widerlich. Präsident Lohde erhebt den Redner, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen. Der diesem Gesetz zustimmend, der Stimme damit für eine Verfassungswidrigkeit. Nur unter dem Einfluß der Regierung hätten nachträglich einige Staatsrechtslehrer die Verfassungsmäßigkeit behauptet. Wenn dieses Gesetz leichtfertigerweise angenommen wird, dann sei die Reichsschuldenverwaltung genötigt, weitere Schuldentilgungen zu verweigern. Unter nützlichen Vorwänden sei die Sitzung des Reichsschuldenausschusses vertagt worden. Die Begründung der Vorlage enthalte grobe Fehler und Unwahrheiten. Der Reichsfinanzminister habe den Münzumlauf um 400 Millionen erhöht und damit eine neue Silberinflation geschaffen, ohne daß dadurch neue Werte geschaffen wurden. Diese Finanzpolitik beruhe auf Unwahrheit und Schwindel. (Weißfall bei den Nationalsoz.)

Präsident Lohde ruft den Redner wegen seiner letzten Ausdrücke zur Ordnung.

Reichsjustizminister Joël befreitet, daß das Kreditver-fahren der Regierung und das neue Gesetz verfassungswidrig seien. Grundsätzlich sei der Reichspräsident berech-tigt, auf Grund des Artikels 84 alle Maßnahmen zu treffen, die im Wege der ordentlichen Gesetzgebung getroffen werden können. Die ganze Reichsentwicklung hinsichtlich des Artikels 48 sei noch im Fluß. (Nachen bei den National-sozialisten.) Das ist kein Wunder, solange der Reichstag nicht in der Lage ist, das in der Verfassung vorgesehene Ausführungsgesetz für den Artikel 48 zustande zu bringen. Es wäre auch möglich, durch Notverordnung dem fehlenden Ausführungsgesetz vorzugreifen. Das ist durch verschiedene Notverordnungen schon geschehen, beispielsweise der Ver-fassungsbestimmung gegenüber, daß niemand seinem ordent-lichen Richter entzogen werden darf der Freizügigkeits-bestimmung gegenüber. (Unruhe bei den Nationalsozialisten, Zurufe des Abg. Frank II (NSDAP.). Der Minister ver-sichert diesen Juristen gegenüber, daß der Staatsgerichtshof politisch unbeeinflussbar sei.

Präsident Lohde ruft den Abg. Frank II zur Ordnung, nachdem er ihn wiederholt vergeblich zur Ruhe ermahnt hat.

Minister Joël befreitet weiter, daß das Statut des Reichstages durch die Maßnahmen der Regierung verletzt worden sei. Bei Kenntnis der neueren staatsrechtlichen Literatur werde Abg. Reinhardt sicherlich seine Vorwürfe als unberechtigt zurücknehmen. Heute sei es wahrhaftig kein Vergnügen, das dornenvolle Amt eines Reichsministers zu versehen.

Die dritte Beratung des Gesetzes ist damit beendet. Die Abstimmung wird vom Präsidenten Lohde zurückgestellt bis zu den weiteren Abstimmungen.

Darauf wird die

allgemeine politische Aussprache

fortgesetzt.

Abg. Emminger (Bayr. Volkspartei) wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Goering, daß das Brüning-Kabinett Inflationspolitik treibe. Mit so brutaler Offenheit habe noch kein Reichskanzler und kein Finanzminister dem Volk die Wahrheit gesagt, wie Brüning und Dietrich. Dennoch seien weite Kreise des Volkes sich noch immer nicht über den vollen Ernst der Lage klar. Die Währungsfrage sei nicht nur wirtschaftlicher Natur und jedes Verlassen der Goldwährung würde auch schwere psychologische Erschütterungen in unserm Volke hervorrufen. Ein dunkles Kapitel unserer Wirt-schaft seien die Fehlschläge des Kapitals, die zu einem großen Teil im Verein mit der falschen Nationalisierung die große Arbeitslosigkeit verschuldet hätten. Hier hätten die großen Wirtschaftsführer nicht das Vertrauen gerecht-fertigt, das sie vielfach genossen.

Eine der wesentlichsten Ursachen der deutschen und der Weltwirtschaftskrise sei die Tributlast in Verbindung mit dem ganzen Kriegsschuldenproblem. Die Anträge der Oppo-sition auf Streichung der Tribute seien ein Schlag in die Luft, denn angeht die Lage unserer Wirtschaft sei in Deutschland keine Regierung möglich, die die Weiterzahlung der Reparationen zugehen wollte. Die in England und an-deren Ländern fortschreitende Entwicklung zur Abschließung werde auch Deutschland zwingen, sich in seiner Wirtschaft auf den Binnenmarkt umzustellen, selbst wenn man grund-sätzlich kein Freund der vollkommenen Autarkie sei. Für die Landwirtschaft habe das Kabinett Brüning getan, was mög-lich war. Die Nationalsozialisten aber hätten dagegen ge-klammert. (Unruhe bei den Nationalsozialisten.)

Das vom Abg. Straffer vorgetragene Arbeitsbeschaf-fungsprogramm der Nationalsozialisten lehnt sich eng an die Pläne, die im Reichskabinett existiert werden. Für die

Finanzierung wüßte er keine plausible Lösung anzugeben. Der Reichsminister sollte seine Mitarbeiter schärfer über-wachen. Wir würden es bedauern, wenn die Regierung darüber zu Fall kommen sollte, daß im Reichsinnenministe-rium untergeordnete Organe unritarische Propaganda in Süddeutschland entfalten sollten. Das SA-Verbot war not-wendig, denn gerade wir in Bayern haben die Putzschurz-berreitungen dieser Privatarmee beobachtet können. Wir billigen auch das Verbot der kommunistischen Gottlosen-organisation.

Die Amnestieanträge lehnen wir ab. Es gibt zur Zeit in Deutschland keinen Politiker, der ein solches internationa-les Ansehen genießt, wie Brüning. Da sollten doch auch die Nationalsozialisten in diesen kritischen Tagen das Trennende zurück- und das Vaterland über die Partei stellen. (Weißfall.)

Abg. Nippel (Christlich-Sozial): Das vom Abg. Straffer vorgetragene nationalsozialistische Sozial- und Wirtschafts-programm enthält viele gute Forderungen, die wir schon vor 20 und mehr Jahren vertreten haben. Es brachte aber auch überalterte Forderungen, die in die heutige Zeit nicht mehr hineinpassen, und schließlich brachte es neue Forde-rungen, die gut gemeint, aber nicht reiflich durchdacht zu sein scheinen. Das verächtliche Heißseitliche der kleinen Parteien steht den Nationalsozialisten schlecht an, die noch im letzten Reichstag eine 12-Männer-Gruppe waren. Sie haben mit Demagogie und bewussten Unwahrheiten gegen unseren christlich-sozialen Volkssdienst gearbeitet, aber wir gehen unbedirrt unseren Weg, denn wir glauben an den Sieg der Wahrheit. Die Episode der Harzburger Front scheint nicht nur innerlich, sondern auch äußerlich vorüber zu sein. Während die Nationalsozialisten immer vom freien Volksstaat reden, hat Geheimrat Eugenberg einer deut-sch-nationalen Reichstagsfraktion gelangt, das alte preukliche Dreiklassenwahlrecht müsse wieder eingeführt werden. (Hört! Hört!) Wir lehnen ein so plutokratisches Wahl-system ab. Ueber alle Parteibifferenzen hinweg sollte sich der Reichstag zusammensuchen zu einer einheitlichen Willensäußerung in der Tributfrage. Das Kabinett Brüning hat dem deutschen Volk Opfer auferlegt, bis zum Wei-bluten, und das deutsche Volk hat diese Opfer gebracht, in der Erwartung, daß nun endlich die Welt unsere Lage be-rücksichtigen und den Kurs gegen Deutschland ändern wird. Diese Erwartung ist bisher durch Frankreichs Schuld ent-täuscht worden. Der Haupttreiber der radikalen deut-schen Parteien ist Frankreichs unerbittliche Tributpolitik. Dieser Politik wird der Reichskanzler in Lausanne das klare deutsche Nein entgegensetzen. Entweder Schluß unserer Tributpolitik, oder das Chaos ist da. Tief bedauer-lich ist es, wenn in dieser Schicksalsstunde Parteimänner die deutsche Abwehr dadurch sabotieren wollen, daß sie dem Reichskanzler das Recht zur Vertretung des deutschen Volkes abprechen.

Wenn in Lausanne die Tributfrage endgültig ent-schieden ist, dann muß gleich darauf auch an die Regelung der privaten deutschen Auslandsschulden gegangen werden. Wenn die SA. und SS. verboten wurden, dann hätte auch gleichzeitig die Schutz des Reichsbanners aufgelöst werden müssen, aber die Nationalsozialisten haben keinen Grund zur Aufregung, denn die Aufrechterhaltung der öffentl. Sicher-heit ist allein Sache der Staatsorgane, und im Dritten Reich werden die Nationalsozialisten keine ihnen feindliche Organisation dulden. (Weißfall.)

Abg. Dr. Hugo (Deutsche Volkspartei): Mit den Repa-rationen muß nun endgültig Schluß gemacht werden, damit die Weltwirtschaft wieder in Ordnung gebracht werden kann. Wir begrüßen die klaren Ausführungen, die der Reichskanzler am letzten Sonntag vor der Presse gemacht hat. Wir wollen abwarten, was er in Lausanne und Genf zur Erreichung des von ihm gekennzeichneten Zieles unter-nehmen kann. Wir freuen uns über das ehrliche Nein, das er in der Tributfrage gesprochen hat. Durch die von Strese-mann vorbereitete Befreiung Deutschlands von der Besatzungslast im Rheinland ist eine gute Grundlage geschaffen worden. Es hat sich gezeigt, daß kein System des etappen-weisen Abbaues der Hemmnisse das richtige war und Deutschland mehr genützt hat als das System der Alles- oder Nichts-politik. In den außenpolitischen Forderungen gibt es jetzt in Deutschland überhaupt keine Gegensätze zwischen den Parteien. Leider wird diese Einmütigkeit dem Aus-lande aber nicht sichtbar insofern der Maßlosigkeit, mit denen manche Oppositionsparteien auftreten. Wir von der Deutschen Volkspartei stehen zum Kabinett in Opposition, aber wir lassen uns dadurch nicht von der einheitlichen außenpolitischen Linie abbringen. Wir meinen, die Oppo-sition muß so geführt werden, daß man jeden Tag die Ver-antwortung für das übernehmen kann, was man in der Opposition vertreten hat. Unsere Wirtschafts- und Steuer-politik hat der Wirtschaft das Kapital entzogen, das sie zu ihrem Betriebe braucht. Wir haben tatsächlich in großem Umfang sozialisiert mit dem Erfolge, daß wir jetzt viele Millionen Arbeitslose haben. (Zurufe links.)

Die Vorwürfe gegen die Wirtschaftsführer, die auch der Nationalsozialist Straffer ebenso wie die Sozialdemo-kraten und Kommunisten vorgebracht haben, sind ganz un-berechtigt. Die Kapitalfehlschaltungen sind nur insofern der Weltwirtschaftskrise zu beschuldigen geworden. Sie sind auch nicht nur in der Privatwirtschaft zu verzeichnen, son-dern ebenso in den Konsumvereinen und anderen genossen-schaftlichen Unternehmungen. Das Programm des Abg. Straffer leidet an derselben Uebersehungs- und Staats-ahnung, die den Fehler der übrigen Sozialisten bildet. Es leidet auch unter der Illusion, als könnte auf dem dürftigen Boden Deutschlands eine Autarkie durchgesetzt werden. Die deutschen Arbeitskräfte können nicht ernährt werden, wenn wir auf die Verbindung mit der Weltwirtschaft verzichten. Mit Straffers Programm kann man wohl Arbeit schaffen, aber nicht die lohnende Arbeit, die zur Ernährung der Arbeitenden erforderlich ist. Straffer verläßt sich in dieser Beziehung nur auf den Staat. Ueber die wirtschaftlichen Tatsachen setzt sich Straffer mit schönen Gefühlen hinweg, aber die Wirtschaft arbeitet mit dem Rücken zu und nicht mit Gefühlen. Das gilt auch für die nat.-soz. Forderung der Zinsenkämpfung. Solange das Kapital nicht sicher arbeiten kann, werden sie von den hohen Zinsen nicht herunter-kommen. Der in Straffer's Programm angegedeutete Ver-such, auf geheimnisvoller Weise zusätzliches Geld zu schaffen, würde zur Inflation führen müssen. Wenn die National-sozialisten an die Regierungsmacht kommen, werden sie es sich sehr überlegen, ob sie das von Straffer vorgetragene Programm in die Tat umsetzen.

Die Deutsche Volkspartei hat sich von der Brüning's Regierung trennen müssen, nachdem diese Regierung immer mehr die sozialistische Linie zur Richtschnur ihrer Politik gemacht hat. Die großen Städte sind zum größten Teil mit ihren Finanzen am Ende. Wenn diesem Zustande weiter tatenlos zugehört wird, dann bedeutet das ein Ver-lagen der Reichsregierung. Wenn die vom Arbeitsminister geplante Arbeitsstreckung im Vergaue durchgeführt wird, dann müssen dort weitere 17000 Mann abgebaut werden. Wir haben keine Veranlassung, der Regierung das Ver-trauen auszusprechen. Wir hoffen, daß die nationalsozialistische Einladung an das Zentrum, zur Regierung herangela-sen zu werden, Erfolg hat. Es ist zu wünschen, daß die Nationalsozialisten, die bisher nur von Inflationsagitation gelebt haben, auch einmal die Verantwortung tragen müssen. Sie haben zwar in den letzten Wahlen den Sieg errungen, aber ihre Bewährung sollen sie erst beweisen.

Reichskanzler Dr. Brüning, der sodann das Wort er-griff, erklärte, er wolle hier nur sprechen über Repara-tions- und Abrüstungsfragen und werde alle weiteren Fragen in den morgigen Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses erörtern. (Die Sitzung dauert bei Schluß der Redaktion noch an.)

(Weitere Reichstagsberichte befinden sich in der 1. Beilage.)

Landvolkantrag zu den Abgeordnetenämtern.

Berlin. (Zuspruch.) Die Landvolksfraktion des Reichstages hat jetzt einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung erucht, daß die Abgeordneten, die Beamte und Angestellte des Reiches, der Länder, der Gemeinden und von öffentlich rechtlichen Körperschaften sind, ihre Tätigkeit bei längeren Vertagungen der Parlamente tatsächlich aufzu-nehmen haben und, soweit ihnen Stellvertreter für die Amtsausübung gestellt werden, die Höhe der entstandenen Kosten von den regulären Bezügen zu kürzen ist. Die gleiche Regelung soll auch für die Mitglieder der Landes-parlamente getroffen werden.

Gesetzentwurf über Einfuhrkontingentierung.

Berlin. (Zuspruch.) Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf über die Kontingentierung der Einfuhr eingeklagt, wonach unabhängig von der Zollregelung die Warenzufuhr nach Deutschland durch Festsetzung von Einfuhrkontingenten geregelt werden soll.

Staatsparteilicher Antrag auf Zuckerpriestentung.

Berlin. (Zuspruch.) Die Staatsparteiliche Reichstagsfraktion fordert in einem Antrage die Reichsregierung auf, den durch Reichsgesetz auf 20,50 Mark für 50 Kilogramm festgelegten Zuckerpriestpreis auf 15,50 Mark herabzusetzen mit dem Ziele einer Verbilligung des Zuckerverkaufs-preises um 10 Pfa. je Kilogramm. Eine Herabsetzung der Rübenübernahmepreise solle aus diesem Anlaß nicht er-folgen dürfen.